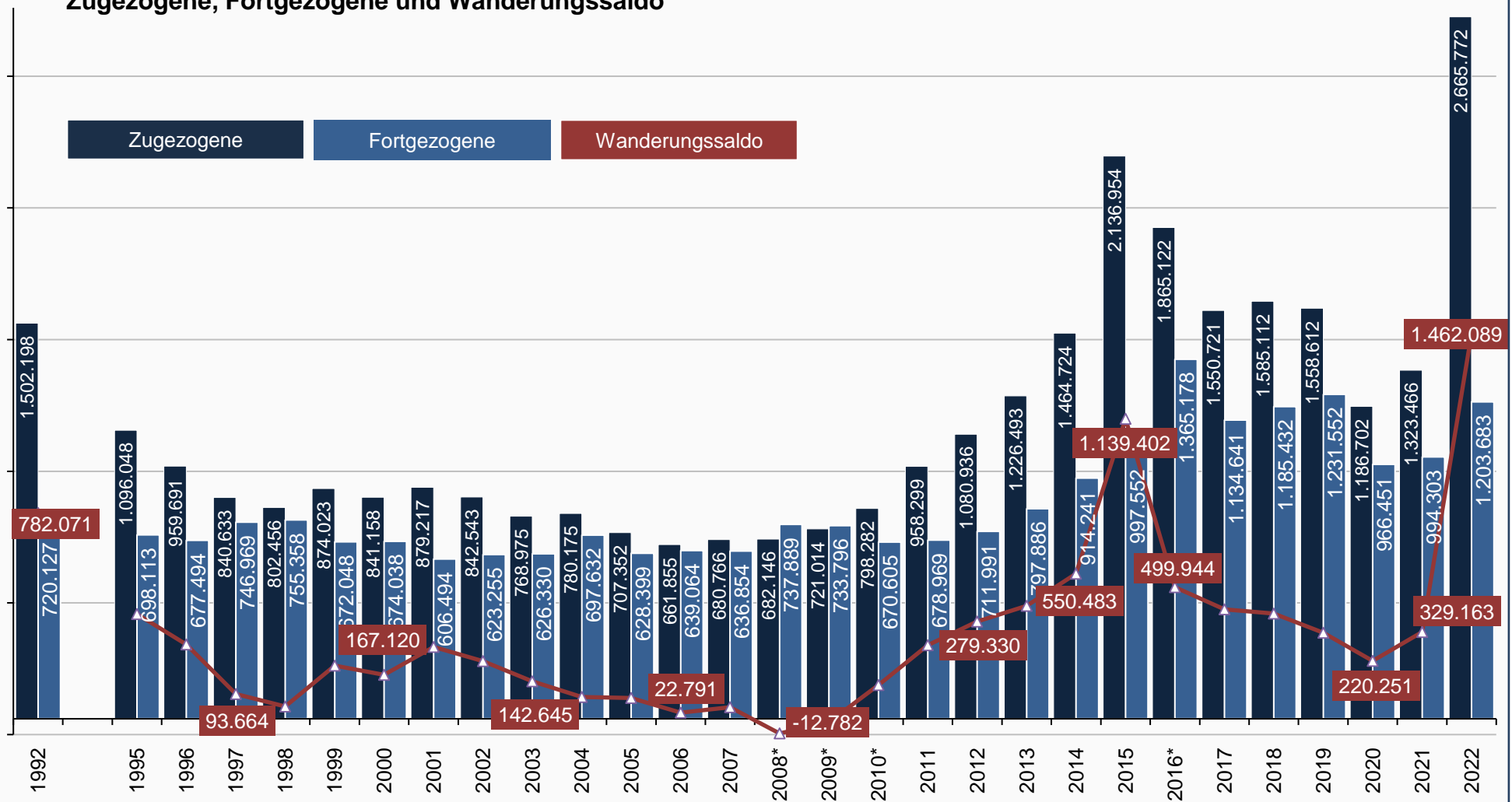


■ Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 1992 - 2022  
Zugezogene, Fortgezogene und Wanderungssaldo



\* Die Daten von 2008 bis 2010, sowie von 2016 sind aufgrund von Melderegisterbereinigungen und weiteren Änderungen nur eingeschränkt mit den anderen Jahren vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung (zuletzt 2023) - Genesis Datenportal

## Höchste Zuwanderung seit Beginn der Aufzeichnungen: Aufgabe und Chance für die Sozialpolitik

### Kurzgefasst

- Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist seit jeher auch eine Geschichte der Zuwanderung. In den meisten Jahren ist das Wanderungssaldo, die Differenz von Zuzügen und Fortzügen positiv. Es kommen somit mehr Menschen nach Deutschland, als Menschen aus Deutschland wegziehen.
- Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 führt in Deutschland zu den höchsten Zuwanderungszahlen seit Beginn der Aufzeichnung in den 1950er Jahren. Mehr als 2,6 Mio. Menschen sind 2022 nach Deutschland gezogen, während 1,2 Mio. auswanderten. Dies führt zu einem Wanderungssaldo von plus 1,4 Mio. Menschen in Deutschland innerhalb eines Jahres. Von den 2,6 Mio. Zugewanderten waren Ende des Jahres 2022 etwa 1,2 Mio. neu hinzugekommene Schutzsuchende.
- Die Hauptursachen für Flucht und Migration sind Kriege und Krisen: Neben den mehr als 1,1 Mio. ukrainischen Zugewanderten ist auch die Anzahl der Zugezogenen aus den Ländern Syrien, Afghanistan und der Türkei an allen Zuzügen hoch. Mit Blick auf die neu Schutzsuchenden machen diese vier Länder Ende 2022 etwa 92 Prozent aus.
- Die soziodemografische Struktur der Schutzsuchenden aus der Ukraine weist einige Besonderheiten auf: Zum einen handelt es sich weit überwiegend um Frauen und Kinder. Zum anderen besitzen über 70 Prozent der Geflüchteten einen Hochschulabschluss und waren vor ihrer Flucht oftmals in beruflichen Positionen mit einem hohen Anforderungs- und Verantwortungsprofil. Letzteres unterscheidet sie von Flüchtenden aus Afghanistan und Syrien. Aber auch für diese Länder gilt, dass ein großer Anteil minderjährige Kinder, meist im Schulalter, sind.
- Überwiegend werden Flüchtende als finanzielle Belastung wahrgenommen, sie können aber auch eine Chance für die Sozialpolitik sein: Mit Hinblick auf den Fachkräftemangel und den demografischen Wandel ist es wichtig, gutausgebildete Flüchtlinge schnell und effektiv in den Arbeitsmarkt zu integrieren sowie nicht formal Ausgebildete umfassend zu unterstützen. Dabei kommt es einerseits auf einen schnellen Zugang zu Sprachkursen, eine zügige Anerkennung von Berufsabschlüssen und/oder eine an vorhandene Kompetenzen anknüpfende Vermittlung von Basis- oder (Teil)Qualifikationen an. Durch den hohen Anteil der geflüchteten Kinder ist für die Erwerbstätigkeit der Eltern aber andererseits auch ein stärkerer Ausbau von Betreuungsstrukturen notwendig.
- Flüchtende Kinder sollten jedoch auch für sich in den Blick genommen werden. Der Zugang zu Kinderbetreuung sowie die Integration ins Schulwesen sind für sie sowohl für die gesellschaftliche Integration zentral, als auch um ihnen perspektivisch eine gute Arbeitsmarktintegration zu ermöglichen.
- Gelingt die Integration, dann ist dies ein weiterer Schritt, um demografische Veränderungen und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Sozialversicherungssysteme abzufangen.

## Hintergrund

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist immer auch eine Geschichte der Ein- bzw. Zuwanderung. Über Jahrzehnte hinweg hat sich die Einwohnerzahl in Westdeutschland durch eine starke Zuwanderung erhöht. Dies gilt auch, wenn man auf die Nettozuwanderung schaut, die die Differenz zwischen Zuzügen und Fortzügen abbildet. Zu benennen sind insbesondere die Vertriebenen und Flüchtlinge, die Spätaussiedler\*innen, die Bürger\*innen aus der DDR, die sogenannten „Gastarbeiter\*innen“ und ihre Familienangehörige sowie die Asylbewerber\*innen. Dieser Prozess der anhaltenden Zuwanderung hat sich auch in den Jahren nach der Wiedervereinigung – seitdem bezogen auf Gesamtdeutschland – fortgesetzt.

Die Abbildung zeigt, dass vor allem Anfang der 1990er Jahre die Netto-Zuwanderung sehr hoch war, in der Spitze (1992) mit fast 800.000 Personen. In den Jahren danach lässt sich eine rückläufige Tendenz erkennen, die u.a. auf die Einschränkung des Asylrechts im Jahr 1993 aber auch auf die angespannte Arbeitsmarktlage und die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückzuführen ist. Zwischen den Jahren 2006 und 2009 liegen die Zu- und Fortzüge sehr nah beieinander, in dem wirtschaftlichen Krisenjahr 2008 kommt es sogar zu einem Negativsaldo. In diesem Jahr sind mehr Menschen aus Deutschland weg- als zugezogen.

Seit dem Jahr 2010 steigt die Zuwanderung jedoch wieder deutlich an. Besonders auffallend ist der rapide Anstieg der Zahlen zwischen den Jahren 2014 und 2015. Der Saldo wuchs von +550 Tsd. Menschen auf rund +1,14 Millionen Menschen innerhalb eines Jahres, ein Anstieg von fast 50 Prozent. Zum Vergleich: der Anstieg der Jahre 2009 bis 2014, also innerhalb von fünf Jahren, lag in derselben Größenordnung (bei ca. 563 Tsd. Personen). Obwohl auch die Zahl der Fortzüge im Jahr 2015 einen Hochpunkt erreicht hat (etwa 1 Mio. Menschen), hat die erheblich stärkere Zuwanderung (rund 2,14 Mio. Menschen) die Abwanderung mehr als kompensiert. Ursächlich für diesen steilen Zuwachs waren vor allem Schutzsuchende und Asylbewerber\*innen (aus den Krisen- und Kriegsländern wie Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea, vgl. [Abbildung III.83](#)) sowie die EU-Bürger\*innen (insbesondere aus den süd- und südosteuropäischen Staaten), die im Zuge der Austeritätspolitik unter einer hohen Arbeitslosigkeit und Einkommenskürzungen litten und in Deutschland eine Beschäftigung suchten (vgl. [Abbildung VII.53](#)).

Im Jahr 2016 setzt eine Umkehr ein: Der Wanderungssaldo reduzierte sich auf rund 500 Tsd. Personen und schrumpft in den Folgejahren weiter. Im Jahr 2020 wurden rund 220 Tsd. Personen gezählt. Das sind aber immer noch deutlich mehr Personen als in den Jahren 1994 bis 2013. Der Rückgang der Nettozuwanderung liegt nicht nur daran, dass der Zuzug aus dem Ausland gegenüber dem Jahr 2015 rückläufig ist, sondern dass zugleich der Fortzug deutlich angestiegen ist. Das Jahr 2021 kennzeichnet das erste Jahr nach dem Höhepunkt des Jahres 2015, indem das Saldo steigt – von ca. 220 Tsd. im Jahr 2020 auf mehr als 329 Tsd. im Jahr 2021. Es ist zu vermuten, dass die Personen, die im Jahr 2020 Corona-bedingt nicht zuziehen konnten, dies auf das Jahr 2021 verschoben haben und das Wanderungssaldo so deutlich höher als in den Vorjahren ausfällt.

## **Aktuelle Entwicklungen: Kriege und Krisen als Hauptursachen für Migration**

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat im Jahr 2022 eine neue Fluchtbewegung ausgelöst, die den Spitzenwert des Jahres 2015 deutlich übersteigt. Mehr als 2,6 Mio. Menschen zogen im Jahr 2022 nach Deutschland – davon stammten ca. 1,1 Mio. Menschen und somit 40 Prozent aller Zuziehenden aus der Ukraine – die höchsten Werte seit Beginn der Aufzeichnungen in den 1950er Jahren. Zum Ende des Jahres 2022 waren 960 Tsd. Schutzsuchende aus der Ukraine mit weniger als einem Jahr Aufenthaltsdauer zu verzeichnen. Sie machten unter allen in diesem Jahr hinzugekommenen Schutzsuchenden ca. 81 Prozent aus. Die Flüchtenden aus der Ukraine sind hauptsächlich Frauen und Kinder: Ein Drittel der Schutzsuchenden aus der Ukraine waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und fast zwei Drittel aller Schutzsuchenden weiblich. Das hängt damit zusammen, dass für die (kampffähigen) Männer in der Ukraine eine Ausreisesperre verhängt wurde.

Neben den Kriegshandlungen in der Ukraine sind auch weitere Länder von (Bürger-)Kriegen und anderen Krisen geplagt, was auch in anderen Ländern zu anhaltenden Fluchtbewegungen führt. Insbesondere unter den Zuzügen aus Syrien (92 Tsd.), Afghanistan (69 Tsd.) und der Türkei (72 Tsd.) gehen viele auf Flucht zurück. Auch aus diesen Ländern ist die Suche nach Schutz groß. Zusammen mit ukrainischen Schutzsuchenden machen sie etwa 92 Prozent aller Schutzsuchenden mit weniger als einem Jahr Aufenthaltsdauer Ende 2022 aus.

Als Teil der Europäischen Union und dem damit einhergehenden Freizügigkeitsabkommen ist es den Staatsbürger\*innen der Mitgliedsstaaten freigestellt, in welchem Land sie leben und arbeiten. Allerdings sind die Zuzüge aus den anderen Mitgliedsstaaten nach Deutschland vergleichsweise moderat. Ein Blick auf die Nettozuwanderung zeigt, dass mit knapp 40 Tsd. Personen im Jahr 2022 insbesondere Personen aus Rumänien nach Deutschland zugewandert sind. Andere Länder, wie z.B. Polen, Italien oder Spanien liegen deutlich darunter (vgl. [Abbildung VII.53](#)). Insgesamt lag das positive Wanderungssaldo aus der EU bei etwas mehr als 81 Tsd. Personen.

Im Ergebnis der Nettozuwanderung steigt auch der Bevölkerungsstand in Deutschland seit dem Jahr 2011 stetig an, er liegt im Jahr 2022 bei rund 84 Mio. Menschen (vgl. [Abbildung VII.100](#)). In diesem Zuge ist auch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. [Abbildung VII.51](#)) und der Anteil der Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (vgl. [Abbildung VII.55](#)) an der Gesamtbevölkerung im vergangenen Jahr gestiegen.

## **Zuwanderung und Flucht als Aufgabe und Chance der Sozialpolitik**

Durch die zwar leicht steigende, aber weiterhin eher niedrige Geburtenrate (vgl. [Abbildung VII.1b](#)), die Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge (so genannte „Babyboomer“) und der steigenden Lebenserwartung (vgl. [Abbildung VIII.42](#)) ist grundsätzlich zu erwarten, dass die (Erwerbs-)Bevölkerung in Deutschland tendenziell schrumpft. Durch die gestiegene Zuwanderung im letzten Jahrzehnt wird diese Entwicklung aber abgeschwächt, sodass im Umkehrschluss auch die aus demografischen Veränderungen resultierende Belastung der Sozialversicherungssysteme gebremst wird (vgl. unser [Thema des Monats vom April](#)). So könnte sich zum Beispiel das Verhältnis von zukünftigen Rentenempfänger\*innen und

Beitragszahler\*innen deutlich günstiger entwickeln, als bislang vorausgesehen, und auch die Zahl der Personen, die durch ihre Beiträge die Kranken- und Pflegeversicherung finanzieren, steigt an. Dies gilt aber nur dann, wenn es gelingt, die zugewanderten Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Da insbesondere durch Fluchtbewegungen hohe Zuwanderungszahlen nach Deutschland zu verzeichnen sind, sollte diese Gruppe besonders in den Blick genommen werden. Denn diese Gruppe wird meist nur als finanzielle Herausforderung für den Sozialstaat wahrgenommen, kann aber durchaus mehr sein, wenn eine Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt gelingt.

Die Voraussetzungen der Flüchtenden unterscheiden sich dabei teils deutlich. Die aktuell größte Gruppe der ukrainischen Flüchtenden bspw. bringen einige soziodemografischen Besonderheiten mit sich, durch die sie sich gegenüber den restlichen Gruppen der Geflüchteten unterscheiden. [Analysen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung](#) zeigen, dass das Qualifikationsniveau ausgesprochen hoch ist: Über 70 Prozent der Geflüchteten Personen aus der Ukraine verfügen über einen Hochschulabschluss, viele waren zuvor in Positionen mit hohem Anforderungs- und Verantwortungsbereich tätig. Dies gilt für Schutzsuchende aus Afghanistan und Syrien nicht in gleicher Weise. Ähnlichkeiten zeigen sich jedoch mit Blick auf die Altersverteilung: auch aus diesen Ländern sind die neu Schutzsuchenden zu einem Drittel minderjährig, etwa 10 Prozent bis 6 Jahre sowie fast ein Fünftel zwischen sieben und 16 Jahren alt. Im Gegensatz zu den ukrainischen Flüchtenden ist allerdings die Gesamtgruppe jünger: mehr als 70 Prozent sind bis zu 35 Jahre alt. Unter ukrainischen Geflüchteten ist es nur etwas mehr als die Hälfte.

Für erwerbsfähigen, gutausgebildeten Flüchtende ist ein schneller Zugang zu Sprachkursen und einer unkomplizierten Anerkennung der Berufsabschlüsse wichtig, so dass eine baldige Integration in den Arbeitsmarkt möglich wird. Für diejenigen ohne formale Ausbildung ist eine Bestandsaufnahme der Kompetenzen sowie eine daran anknüpfende Strategie zum Erwerb von Basiskompetenzen oder (Teil)Qualifikationen notwendig, um auch ihnen Zugang zu mehr als Helfertätigkeiten zu ermöglichen.

Allerdings dürfen auch die geflüchteten Kinder nicht aus dem Blick verloren werden. Einerseits ist ihre Betreuung notwendig, um eine Weiterbildung oder Erwerbstätigkeit der Eltern zu ermöglichen. Andererseits können sie nur in der Gesellschaft ankommen und gute Voraussetzungen für eine spätere Integration in den Arbeitsmarkt schaffen, wenn auch sie bei der Integration in Kinderbetreuung und Schulwesen unterstützt werden. Wenn es nicht allein schon aus ethischen Gründen geboten ist, den Flüchtenden in Deutschland eine Perspektive und nicht nur einen abwartenden Aufenthalt auf nicht absehbare Zeit zu ermöglichen, ist es auch mit Blick auf die innerdeutsche Situation des demografischen Wandels und damit verbundenen Fachkräftebedarfs sinnvoll, die Integration der Geflüchteten in Arbeitsmarkt und Gesellschaft bestmöglich zu fördern.

## Methodische Anmerkungen

Die Daten entstammen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamts, bei der alle Zu- und Fortzüge zwischen Gemeinde- und Ländergrenzen durch die jeweiligen Meldebehörden erfasst wurden. Hierbei handelt es sich um eine Totalerhebung, da alle An- und Abmeldungen bei den Meldeämtern nach der melderechtlichen Regelung erhoben werden. Aufgrund der zahlreichen Melderegisterbereinigungen, die durch die Einführung der persönlichen Steuer- Identifikationsnummer vorgenommen wurden, sind die Ergebnisse von 2008 bis 2010 nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar. Die Ergebnisse ab 2016 sind aufgrund methodischer und technischer Änderungen nur eingeschränkt mit den Daten der vorherigen Jahre vergleichbar, da sich u. a. in Zusammenhang mit der melderechtlichen Behandlung von Schutzsuchenden Unstimmigkeiten ergeben haben, die sich in den Daten niederschlagen.

Unter Zuzügen werden diejenigen Personen erfasst, die eine Wohnung in einer Gemeinde neu bezogen haben, Umzüge innerhalb einer Gemeinde werden nicht gezählt. Diese Wanderungen zwischen Gemeinden innerhalb des Bundesgebietes werden als Binnenwanderung erfasst. Die Fortzüge werden durch die Abmeldungen von Personen gezählt, wenn sie die jeweilige Gemeinde verlassen. Nicht erfasst werden also all jene, die zwar ihren Wohnort aufgeben und ins Ausland abwandern, das aber nicht bei den entsprechenden Behörden anzeigen. Der Wanderungssaldo zeigt die Nettozuwanderung an, also die Differenz zwischen den Zu- und Fortzügen.

Schutzsuchende sind Ausländer\*innen, die sich unter Berufung auf völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe in Deutschland aufhalten und entsprechend im Ausländerzentralregister erfasst sind. Nicht alle Zugezogenen aus Krisengebieten müssen Schutzsuchende sein. Zum einen können sich auch diese aus anderen Gründen (bspw. zur Erwerbsarbeit) in Deutschland aufhalten, zum anderen werden bspw. Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs zu einem Schutzsuchenden nach Deutschland kommen, meist nicht selbst als Schutzsuchende erfasst. Während die Wanderungsstatistik das Geschehen eines Jahres abbildet, wird die Statistik über Schutzsuchenden zum Stichtag 31. Dezember eines Jahres ausgewiesen. Sie basiert auf den administrativen Daten des Ausländerzentralregisters.

### Monatsgrafik Juli 2023 – Kontakt:

Philip Sommer, M.A. | Institut Arbeit und Qualifikation | Forsthausweg 2 | 47057 Duisburg | [philip.sommer@uni-due.de](mailto:philip.sommer@uni-due.de)